

Likudregierung, Arafat und die „eccentric idea of empire“

Thomas Philipp

Die Gründe für den über hundert Jahre anhaltenden Konflikt um Palästina sind un-
gemein komplex und haben sich immer wieder in ihrer Wichtigkeit verlagert.
Heute wie früher spielen internationale Beziehungen eine wichtige Rolle. Die bittere
interne Diskussion um das Wesen und die Orientierung des israelischen Staates
und seiner Gesellschaft verhindert genauso wie die Instabilität vieler arabischer
Regime die Annäherung an eine Lösung des Konfliktes. Hier soll nur ein Aspekt
dieses Konfliktes herausgegriffen werden, der sich gerade in den letzten Jahren als
ein massives Hindernis für die Konfliktlösung erwiesen hat. Die Frage ist, wie zwei
verschiedene Völker oder politische Strukturen in einer Situation völliger Macht-
asymmetrie mit einander kooperieren können oder, anders formuliert, wie die über-
legene Seite mit Effizienz ihre Ziele durchsetzen kann.

Hier zeichnet sich ein altes Problem ab, mit dem sich schon der britische Impe-
rialismus auseinandersetzen musste. Robinson hat es als „the eccentric idea of em-
pire“ beschrieben.¹ Robinson stellt fest, dass Herrschaft über andere Völker niemals
nur mit roher Gewalt durchgesetzt werden kann. Diese Methode ist weder effizient
noch kostengünstig oder wie das geflügelte Wort es zur Zeit des Hochimperialis-
mus ausdrückte: „*Empire is not worth it if it doesn't come on the cheap*“. Ganz all-
gemein lässt sich feststellen, dass rohe Gewalt und Unterdrückung niemals eine ef-
fiziente Methode der Herrschaft ist. Innerhalb eines Staates und einer Gesellschaft
wird sich dauerhafte und stabile Herrschaft nur durch die Schaffung eines Mindest-
konsens der Gesellschaft herstellen lassen. Einen derartigen Konsens herzustellen
ist im Falle einer Fremdherrschaft, d.h. die Herrschaft eines Staates über fremde
Völker in unserem Zeitalter des Nationalismus, fast unmöglich. Robinson weist
darauf hin, dass effiziente und preiswerte Reichsherrschaft nur möglich ist, wenn
man entscheidende Elemente der indigenen Bevölkerung in eine Kollaboration ein-
binden kann, um die Wünsche und Ziele der Metropole in der imperialen Peripherie
durchzusetzen. Kollaborative Eliten an der Peripherie erhalten in dieser Sicht eine
sehr viel wichtigere Rolle in der Geschichte des Imperialismus. Sie sind nicht nur
die ausführenden Instrumente der Reichsregierung, sondern bedürfen eines gewis-
sen Freiraums, der Ihnen die Wahrung ihrer eigenen Interessen sichert und ihnen

gleichzeitig eine überzeugenden Eigenständigkeit und Autorität gewährt, um in der indigenen Bevölkerung Rückhalt zu finden und auf sie Einfluss nehmen zu können. Für die Briten war es nie ein Problem, willige Handlanger in einer kolonialen Gesellschaft zu finden, diese hatten allerdings wenig Einfluss auf die Gesellschaft. Lokale Eliten, die aus den verschiedensten Gründen zur Zusammenarbeit bereit waren und gleichzeitig der eigenen Bevölkerung den Willen der imperialen Macht überzeugend vermitteln konnten, funktionierten nur, wenn ihnen eine gewisse Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit zugestanden wurde.

Während der ganzen Zwischenkriegszeit versuchten die Briten, mit Ägypten einen für sie vorteilhaften Staatsvertrag auszuhandeln. Die vom ägyptischen König eingesetzten Minoritätsregierungen waren durchaus willig, einen derartigen Vertrag zu unterzeichnen, aber die Briten waren sich sehr wohl bewusst, dass solche Regierungen die Akzeptanz eines solchen Vertrages in der Bevölkerung nicht hätten durchsetzen können. Regierungen, die von der großen Volkspartei, dem „Wafd,“ gebildet wurden, lehnten die Unterzeichnung eines solchen Vertrages regelmäßig ab. Letzten Endes hatten die Briten in Indien und Ägypten mäßigen Erfolg mit ihrem Versuch, die Macht auf lokale Eliten zu transferieren und gleichzeitig einige ihrer Interessen zu wahren. Die Franzosen, von einem ganz anderen Verständnis der Bedeutung Algeriens ausgehend, suchten noch in der Mitte des Algerienkriegs nach „vernünftigen“ algerischen Politikern, die die französischen Interessen, das hieß insbesondere die Sonderrechte der französischen Siedler in Algerien, zu wahren bereit wären. Aber die Hoffnung auf die „*interlocuteurs valables*“, wie sie damals genannt wurden,² verwirklichte sich nie.

Die Likudregierung unter Sharon hat während der letzten zwei Jahre eine bemerkenswerte Einmütigkeit in ihrer Feindschaft gegenüber Arafat bewiesen. Er wird als Ursache allen politischen Übels im allgemeinen und der zweiten Intifada insbesondere angesehen. Er gilt als der Erb- und Erzfeind des israelischen Staates, mit dem Verhandlungen unmöglich sind. Letzteres ist offensichtlich auch die Meinung der amerikanischen Regierung: Seit George W. Bush an die Macht kam, war Sharon siebzehn Mal zu Besuch im Weißen Haus, Arafat wurde nicht ein einziges Mal vorgelassen. Das Hauptargument für diese Einschätzung der amerikanischen Regierung ist die Behauptung, dass Arafat das beste Angebot, das er sich je erhoffen konnte, in Camp David abgelehnt hat. Diese „Tatsache“ wird entweder triumphierend als Beleg dafür präsentiert, dass „Arafat noch nie Frieden wollte,“ oder es wird bedauernd zur Kenntnis genommen, dass er eben doch kein guter Politiker sei und nicht das politisch Machbare vom Erwünschten differenzieren könne. Der Wahrheitsgehalt dieser „Tatsache“ wird aber auch dadurch nicht größer, dass selbst Clinton Arafat die Verantwortung für den Fehlschlag in Camp David in die Schuhe geschoben hat. Macht man sich die Mühe, die Berichte von Teilnehmern an den Verhandlungen wie Robert Maley und Hussein Agha oder von Akram Haniyyé durchzulesen oder die Analysen von Amnon Kapeliouk und Alain Gresh,³ wird sehr schnell deutlich, dass Arafat nie etwas eindeutig abgelehnt hat, einfach weil von der israelischen Seite niemals etwas eindeutig angeboten worden war. Man kann es sich auch einfacher machen und in Rechnung stellen, dass bei den palästinensischen Vertretern ein tiefes Misstrauen über die Aufrichtigkeit der israelischen Seite gewachsen war, nachdem sich in den sieben Jahren seit dem Osloer Abkommen die Zahl der israelischen Siedler im Westjordanland ungefähr verdoppelt hatte – ein

Prozess der von keiner der israelischen Regierungen eingedämmt wurde. Noch einfacher aber ist es, sich die beiden Landkarten des Westjordanlandes, so wie sie in Camp David und sechs Monate später im Januar 2001 in Taba verhandelt wurden, anzuschauen. Das dreigeteilte und von allen Seiten von Israel kontrollierte Gebilde einer palästinensischen Autonomie war in Taba einem zweigeteilten, an der Ostgrenze direkt an Jordanien grenzenden Gebilde gewichen. Das war zwar immer noch weit entfernt von den 22% Palästina, die die palästinensischen Teilnehmer der Osloer Verhandlungen für einen souveränen Staat im Gegenzug für die Anerkennung des israelischen Staates auf 78% des Palästinas der Mandatszeit erwartet hatten, aber eine große Verbesserung gegenüber dem Angebot in Camp David. Offensichtlich war Camp David eben nicht das beste Angebot. Es kam nicht zu einer Unterzeichnung der Protokolle von Taba. Glaubt man der Interpretation von Uri Avneri, so lag es daran, dass Barak im entscheidenden Moment immer Angst vor der eigenen Courage hatte, glaubt man etwas freundlicher gesonnenen Interpretationen, so tat es Barak, weil er die bevorstehenden Wahlen schon verloren wusste, und befürchtete, eine Zusage seinerseits zu Taba im Falle seiner Wahlniederlage könnte als negatives Plebiszit über die Verhandlungen ausgelegt werden. Als dann Sharon an die Macht kam, der schon immer gegen das Osloer Abkommen Sturm gelaufen war, erlosch jede Hoffnung auf weitere Verhandlungen.

Darüber hinaus kann man eine merkwürdige aber nicht zufällige Ambivalenz bei Scharon und dem Likud – und im Gefolge der großen Koalition auch bei Vertretern der Arbeitspartei – beobachten, wenn es darum geht, die tatsächliche Rolle zu beurteilen, die Arafat in der Politik des Konfliktes spielt. Zwei sehr widersprüchliche Vorstellungen werden hier je nach Argumentationsbedarf ins Spiel gebracht:

Zum einen gilt die Behauptung, dass Arafat die volle Kontrolle besitzt und Hamas und andere radikale Gruppen jederzeit zügeln könnte. In anderen Worten, Arafat unterstützt gezielt Selbstmordattentäter nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch im israelischen Kernland in dem Glauben, so seinen politischen Zielen näher zu kommen. Grundvoraussetzung für dieses Maß an Macht und Kontrolle ist natürlich, dass Arafat über einen souveränen Staat mit fest verankerten Institutionen verfügt. Das stimmte zu keinem Zeitpunkt, denn das Osloabkommen sah nur eine „*interim Palestinian authority*“ vor, ohne jede Souveränität. Israel blieb auch weiterhin für die „Sicherheit der Israelis und die allgemeine innere Sicherheit und Ordnung“ verantwortlich. Aber selbst diese „*interim authority*“ wurde den Palästinensern in den folgenden Jahren nur sehr schleppend, stückchenweise und unter Druck zugestanden. Nachdem Arafats Ansehen durch die Israelis in den letzten zehn Jahren systematisch unterminiert wurde, indem sie ihm nur widerwillig die kleinsten Konzessionen machten und schon Beschlossenes nicht durchzuführen bereit waren, hat Arafat nun völlig an Status und Autorität in der Bevölkerung verloren. Im Grunde beschuldigt die israelische Regierung Arafat dafür, nicht für ihre Sicherheit gesorgt zu haben, während sie selbst ihre Pläne der Annexion und Siedlungsausweitung verfolgte. Seit Oslo hat sich die jüdische Bevölkerung im Westjordanland ungefähr verdoppelt und die Zahl der Siedlungen hat dramatisch zugenommen. In diesem Prozess wurde die Rolle Arafats und der palästinensischen Autonomiebehörde immer mehr zu der eines ausführenden Organs der israelischen Besatzungsbehörden heruntergewirtschaftet. Auch alle Ansätze zu einer Zivilge-

sellschaft wurden hier zunichte gemacht und damit jede Möglichkeit vertan, Arafat auf demokratischem Wege von der Opposition im eigenen Lager zu entmachten zu lassen. Die Hoffnung auf einen souveränen Staat der Palästinenser schwand und damit die Autorität Arafats. Der politische Konsens der Palästinenser, sich mit einem Staat auf 22% des ursprünglichen palästinensischen Gebietes zufrieden zu geben, existiert nicht mehr. Der Druck der Besatzungsbehörden hat sich verschärft, und der Widerstand nimmt zu. Die Lage der Bevölkerung und die politischen Positionen wurden radikalisiert. Möglicherweise kontrolliert Arafat noch die al-Aksa Märtyrer Brigade, aber Hamas, Jihad und PFLP werden immer aus anderen Quellen finanziert.⁴ Arafat und Fatah können natürlich nicht zugeben, dass sie machtlos sind, und auch Hamas möchte gerne nationale Einigkeit demonstrieren; indem sie sich mit Kritik an Arafat zurückhält. Unter dem Regime von Sharon hat die israelische Armee auf jeden Terroranschlag mit gezielter Zerstörung der gerade im Aufbau befindlichen Institutionen, und besonders der Sicherheitseinrichtungen (Polizeistationen, Gefängnisse, Kommunikationseinrichtungen, usw.) der Palästinenser geantwortet. Nachdem außerdem Arafats Bewegungsfreiheit für Wochen auf ein Zimmer in Ramallah reduziert worden war, klingt die Behauptung seiner Machtfülle und Verantwortlichkeit immer hohler. Nach Abschluss der Osloer Verträge erreichte Arafat wohl einen Höhepunkt seiner Autorität im palästinensischen Volk. Diese Autorität basierte auf gutem Willen und viel Hoffnung. Beides ist systematisch zerstört worden zusammen mit dem Geist von Oslo, dem politischen Konsens der Palästinenser und der Autorität Arafats. Die alte israelische Doktrin, Staaten, aus denen Terroristen kommen, durch unverhältnismäßige Vergeltungsschläge so zu bestrafen, dass sie freiwillig Terroraktivitäten auf ihrem Gebiet unterbinden – eine Doktrin, die sich z.B. im Falle Syriens ausgezeichnet bewährt hat – traf hier nicht zu, denn einen palästinensischen Staat hat es noch nie gegeben, und sicherlich trägt die systematische Zerstörung von Polizeistationen, Sicherheitsapparaten etc durch die Israelis nicht dazu bei, die Macht Arafats über andere Gruppen, wie z.B. Hamas, zu stärken.

Die alternative Behauptung besagt genau das Gegenteil des Vorhergehenden: Arafat ist unwichtig geworden, irrelevant und marginalisiert. Man solle sich seiner lieber heute als morgen entledigen. Nach ihm werden „vernünftiger“ palästinensische Politiker kommen, mit denen Israel besser verhandeln kann. Diese Forderung bringt uns wieder zurück zur „eccentric idea of imperialism.“ Die Rolle der kollaborativen Eliten wird von kritischer Bedeutung im Prozess der Dekolonisierung. Die Kolonialmacht versucht die eigenen (militärischen, politischen, wirtschaftlichen, menschlichen) Kosten zu reduzieren, in dem sie die koloniale Gesellschaft in die Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit entlässt. Gleichzeitig versucht sie aber, so viele ihrer eigenen Interessen wie möglich zu wahren, in dem sie die Einrichtung einer stabilen, ihr wohlwollenden und kollaborativen Elite fördert. Letztere wiederum kann nur Stabilität und ihren eigenen Bestand garantieren, wenn sie sichtbar und überzeugend die Interessen der Kolonialgesellschaft vertritt; eine delicate Situation für alle Beteiligten.

Nach 25 Jahren Besatzung waren auch eine Mehrheit der israelischen Politiker zu der Einsicht gekommen, dass trotz der massiven militärischen Überlegenheit Israels die Gebiete nicht permanent, sicher und effizient verwaltet werden konnten ohne die Einbindung einer kollaborativen Elite und dass eine solche Elite nur überzeugend agieren konnte, wenn man mit ihr echte Kompromisse eingehen würde.

Arafat war es, der das eigene Volk davon überzeugte, dass man sich mit 22% des Landes Palästina als Staat zufrieden geben und im Gegenzug den Staat Israel anerkennen sollte. Dafür einen Konsens in der eigenen Bevölkerung geschaffen zu haben, ist sicherlich seine größte Friedensleistung. In den ersten Jahren nach dem Abkommen von Oslo und mit der Einrichtung der Autonomiebehörde war seine politische Autorität so überzeugend, dass selbst Hamas einlenkte und willens war, den bewaffneten Kampf aufzugeben. Im Dezember 1995 gründete Hamas eine Partei, um am politischen Prozess der Autonomiebehörde teilzunehmen und nicht marginalisiert zu werden. Erst die Liquidierung eines ihrer wichtigsten Anführers, „der Ingenieur“, im Januar 1996 trieb sie zurück in den bewaffneten Kampf.

Wie oben schon bemerkt, hat die israelische Politik (und zwar sowohl unter Arbeiterpartei- als auch Likudregierung) in den Jahren nach Oslo den Konsens unter den Palästinensern zerstört und die politische Autorität Arafats untergraben. Hauptgründe für diese Entwicklung waren sicherlich die Verdoppelung der Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten seit dem Osloer Abkommen und die Verzögerung seitens der israelischen Regierung, und z. T. ihre Weigerung, den schon vereinbarten Transfer von Macht an die neue palästinensische Behörde durchzuführen. Es mag heute durchaus so sein, dass Arafat politisch irrelevant geworden ist. Sicherlich spielt dabei sein eigener Unwille, repräsentative Prozesse und politische Teilnahme in der palästinensischen Gesellschaft zu institutionalisieren eine Rolle. Entscheidender war aber der Umstand, dass israelische Politik ihn systematisch gehindert hat, die ihm in Oslo gemachten Versprechen einzulösen.

Es wäre für die israelische Armee ein leichtes, eines ihrer gezielten Attentate durch Raketenbeschuss durchzuführen, um Arafat zu töten. Die ausdrückliche Forderung der amerikanischen Regierung, Arafat persönlich nicht zu verletzen, hat das verhindert. Aber auch die Erwägung, dass mit der Liquidierung Arafats man keinen Ansprechpartner mehr haben würde und auch der Rest einer kollaborativen Elite zerstört wäre, hatte wahrscheinlich Einfluss auf die Entscheidung gehabt. Ironischerweise hat Arafats physische Reduzierung auf sein Hauptquartier und seine Weigerung nachzugeben sein Ansehen in der Bevölkerung steigen lassen, wie schon seit langem nicht mehr. Kein nachfolgender palästinensischer Politiker könnte als „*interlocuteur valable*“ weniger von den Israelis fordern als Arafat es tat und gleichzeitig politische Akzeptanz in der eigenen Bevölkerung finden.

Die gegenwärtige israelische Regierung hat sich selbst mit ihrer Politik eine Falle gestellt. Die politische Irrelevanz Arafats kann nicht zeitgleich mit seiner Alleinverantwortlichkeit im Westjordanland und im Gazastreifen behauptet werden. Praktisch ausgedrückt heißt das, man kann ihn nicht zur Verantwortung für Terroranschläge ziehen, während man gleichzeitig seine Polizeistationen und seinen Sicherheitsapparat zerbombt. Die Alternative zur Einbindung kollaborativer Eliten bleibt die direkte militärische Kontrolle und Unterdrückung; eine, wie Großbritannien auch in Palästina lernen musste, teure und unkonstruktive Lösung.

Anmerkungen

- 1 Ronald Robinson „The Eccentric Idea of Imperialism, with or without Empire“ in: Wolfgang Mommsen und Jürgen Osterhammel (Hrsg) *Imperialismus and After* London 1986, pp 267-289.
- 2 Adam Shatz „The Torture of Algiers“ *New York Review of Books*, Nov. 21, 2002, S. 54
- 3 Robert Maley & Hussein Agha „Camp David: The Tragedy of Errors“ *The New York Review of Books*, XLVIII, 13 (August 9 2001); Akram Haniyyé “Ce qui s’est réellement passé à Camp David” *Revue d’études Palestiniennes* 25 (2000), Amnon Kapeliouk „Le piège du sommet de Camp David“ *Manier de voir* 54 (Decembre 2000), Alain Gresh „Proche-Orient, la paix manquée“ *Le Monde Diplomatique* Sept. 2001.
- 4 Selbst die New York Times (21.3.02) stellt fest, dass er diese Gruppen nicht kontrollieren kann.